DA: Unsere Antwort heißt Widerstand – für einen Herbst der Solidarität!

Einreichende: Christian Annecke, Robby Aydin, Kilian Fürstenau, Kay Kamieth, Dr. Volker Külow, Juliane Nagel, Sören Pellmann, Johannes Schmidt, Nina Treu, Franziska Riekewald

Antrag:

Kampf gegen die „Agenda 2030" der CDU und das „Treten nach unten"
Wir sagen Nein zu einer Regierungspolitik, die nach unten tritt und Geflüchtete, Erwerbslose und Geringverdienende zu Sündenböcken macht! Die sogenannte „Agenda 2030" der CDU ist ein Frontalangriff auf soziale Rechte, Demokratie und Solidarität. Sie will den Sozialstaat abbauen, Reiche schonen und die Gesellschaft noch tiefer spalten. Die Linke wird diese Politik offensiv bekämpfen – auf der Straße, im Betrieb, im Parlament. Wir stehen solidarisch an der Seite derer, die von dieser Agenda angegriffen werden.

Kampf gegen Militarisierung, Aufrüstung und Kriegstauglichkeit
Wir sagen Nein zu Krieg und Wettrüsten! Die Forderung nach „Kriegstauglichkeit" ist nichts anderes als ein gefährliches Programm zur Militarisierung von Gesellschaft und Alltag. Während Milliarden für Panzer und Bomben ausgegeben werden, verfallen Schulen, Krankenhäuser und Brücken. Wir sagen daher: Kein Cent mehr für Aufrüstung und Kriegsvorbereitung – dieses Geld gehört in Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit!

Umverteilung von oben nach unten
Wir sagen: Reichtum für alle statt für wenige! Während die Superreichen in Villen und Steueroasen sitzen, wissen Millionen nicht, wie sie die nächste Stromrechnung zahlen sollen. Die Linke kämpft für Umverteilung von oben nach unten – durch Vermögenssteuer, Erbschaftssteuerreform, gerechte Löhne und starke öffentliche Infrastruktur. Wer in der Krise Milliarden verdient, soll zahlen – nicht die Beschäftigten, nicht die Rentner:innen, nicht die Bürgergeldempfangenden!

Herbst der Solidarität
Steigende Preise, sinkende Löhne, Sozialabbau und Kriegspolitik machen viele Menschen unzufrieden und wütend. Diese gesellschaftliche Stimmungslage wird von den rechten Kräften aufgegriffen und skrupellos instrumentalisiert. Wir müssen dagegenhalten und den Protest von links organisieren! Die Linke wird den Herbst der Solidarität gestalten: kollektiv, kämpferisch, laut.

Die Linke Leipzig fordert den Parteivorstand auf, neben der Mietenkampagne eine bundesweite Kampagne gegen den angekündigten „Herbst der Reformen" der Regierungskoaltion zu starten, die soziale Alternativen sichtbar macht und die Wut auf die wahren Verantwortlichen lenkt: Konzerne, Banken und Millionäre. Diese Kampagne soll durch eine abgestimmte Social-Media-Offensive unterstützt werden. Auch regen wir die Organisation und Unterstützung von Sozial- und Friedenskonferenzen an, welche in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Sozialverbänden organisiert werden sollen.

Der Landesvorstand Sachsen wird aufgefordert, die die Kampagne in die Regionen des Freistaates zu tragen und so Widerstand vor Ort zu organisieren. Er soll dazu den Kreisverbänden Materialien und Unterstützung bereit stellen, um die Linke als kämpferische Stimme der sozialen Mehrheit zu verankern. Wir rufen alle Mitglieder auf, sich in regionale Bündnisse einzubringen und so Die Linke sichtbar in die Kämpfe einzubinden. Auch der Stadtvorstand Die Linke Leipzig wird sich an dieser Bewegung beteiligen. Startschuss kann hierfür die in Leipzig stattfindende gemeinsamen Sozialkonferenz der Fraktionen der Linken

im Stadtrat zu Leipzig, im Deutschen Bundestag und im Sächsischen Landtag am 25. Oktober 2025 sein.

Begründung:

Wir leben in einer Zeit, in der die Herrschenden nach unten treten, die Reichen schützen und die Gesellschaft auf Krieg trimmen. Die soziale Ungleichheit wächst, die Demokratie wird ausgehöhlt, und die Rechten lauern darauf, die Wut der Menschen über die Verhältnisse in gruppenspezifische Menschenfeindlichkeit und Autoritarismus zu verwandeln. Nur eine kämpferische antifaschistische Linke, die klar Partei ergreift, Protest organisiert und Alternativen sichtbar macht, kann hier ein Gegengewicht sein. Der Bundesvorstand und die Landesvorstände tragen die politische Verantwortung, die Partei in Bewegung zu bringen, Bündnisse zu knüpfen und den Widerstand gegen Aufrüstung, Sozialabbau und Spaltung auf die Straße zu tragen.

Wir müssen diesen Herbst laut, solidarisch und unübersehbar sein – für soziale Gerechtigkeit, Frieden und eine Zukunft, die den Vielen gehört, nicht den Wenigen!

Begründung der Dringlichkeit:

Dass die CDU einen Abbau des Sozialstaates plant, ist keine Neuigkeit. Jedoch ist erst seit den jüngsten Aussagen von Bundeskanzler Merz gegen den Sozialstaat öffentlich klar, wie schnell und konsequent die neue Bundesregierung ihre neoliberale Großoffensive umsetzten will. Der angedrohte „Herbst der Reformen“ wird die gesellschaftliche Spaltung vertiefen, die ärmeren Bevölkerungsschichten weiter ins Abseits drängen und die politischen Gewichte weiter nach rechts verschieben. Wir sehen es daher als dringend notwendig an, dass vom Stadtparteitag ein politisches Signal des Protestes und des Widerstands gegen diese aktuelle Entwicklung ausgeht.

Entscheidung des Stadtparteitages:
Ohne Gegenstimmen und bei wenigen Enthaltungen angenommen.